



Mitteilung

Die Stimme der Kurden ist in der Türkei unerwünscht.

- Eine Anzeige und ihre Folgen -

Bonn, 15.12.2004

Etwa 200 kurdische Persönlichkeiten, welche die kurdische Gesellschaft in ihrer politischen und kulturellen Vielfalt vertreten, haben am 08.12.2004 in *Harald Tribune*, am 10.12.2004 in *Le Monde* und am 15.12.2004 in der Frankfurter Allgemeine Zeitung eine Anzeige unter dem Titel „Was fordern die Kurden in der Türkei“ geschaltet. Diese Anzeige wurde vom Kurdischen Institut in Paris (Institute Kurde de Paris) koordiniert und erhob im Zusammenhang mit der Entscheidung über die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei unter anderem folgende Grundsatzforderungen:

- Verabschiedung einer neuen demokratischen Verfassung, *„in der die Existenz des kurdischen Volkes anerkannt und ihm das Recht auf ein staatliches Bildungssystem und auf Medien in seiner Sprache sowie auf die Gründung von Vereinen, Institutionen und Parteien mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung und als Träger seiner Kultur und seiner politischen Bestrebungen garantiert wird“*;
- eine *„allgemeine politische Amnestie als vertrauensbildende Maßnahme zugunsten der Aussöhnung und endgültigen Abkehr von Gewaltanwendung und bewaffneten Konflikten“*;
- die *„Schaffung eines umfassenden wirtschaftlichen Förderprogramms für die kurdische Region, aus dem mit europäischer Unterstützung insbesondere der Wiederaufbau der mehr als 3.400 in den neunziger Jahren zerstörten Dörfer und Anreize für die Rückkehr der drei Millionen vertriebenen Kurden in ihre Heimat finanziert werden können“*.

Die Unterzeichner dieses Appells, zu denen auch der NAVEND-Vorsitzende Metin Incesu gehört, setzen sich für eine EU-Beitrittsperspektive der Türkei ein.

Doch nach Erscheinen dieser Anzeige hat die türkische Öffentlichkeit sehr heftig reagiert. Türkische Medien beschimpften die Unterzeichner als „Verräter“ und „Bande“, sprachen ihnen das Recht ab, überhaupt als Vertreter der Kurden zu sprechen, und schreckten auch vor persönlichen wie allgemeinen Drohungen nicht zurück. Es wurde eine geradezu pogromartige Stimmung erzeugt, mit der die Unterzeichner dieses Appells zur Zielscheibe gemacht wurden.

Einige Äußerungen der türkischen Verantwortlichen zu der Anzeige:

Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan äußerte sich zu der Anzeige *„manche Kräfte versuchen ein hässliches Spiel insbesondere durch die ausländische Presse und Medien zu spielen“* und bezeichnete die Unterzeichner als „Bande“ (Hürriyet, 11.12.2004). Außenminister Abdullah Gül bezeichnete die Unterzeichner als „Agenten“ und sagte *„diese Anzeige ist eine Beleidigung für unsere Nation“* (Hürriyet, 12.12.2004). Der stellvertretende Ministerpräsident Mehmet Ali Şahin: *„Diese Forderung richtet sich gegen die Einheit des türkischen Staates, die in der Verfassung verankert ist. Die Anzeige belegt, dass sie ihre vorherigen Positionen geändert haben. Das ist ein Desaster.“* (Radikal, 11.12.2004). Der stellvertretende Vorsitzende der CHP (Republikanische Volkspartei) Onur Öymen äußerte sich dazu *„Eine solche Forderung bedeutet auch die Leugnung des Lausanner Vertrages. Der Lausanner Vertrag stellt die Grundsäule des türkischen Staates dar. Daher soll niemand von der Türkei erwarten, dass ein Vorschlag, der sich gegen den Lausanner Vertrag wendet oder das Lausanne-System verändert, unterstützt wird.“* (Radikal,

11.12.2004). Der Vorsitzende der Partei des rechten Weges (DYP) Mehmet Agar will die Unterzeichner hart bekämpfen *"unsere Haltung hiergegen ist unerbittlich und sehr hart"* (CNN TÜRK, 11.12.2004). Sinan Aygün, Vorsitzender der Handelskammer Ankara (ATO) will sogar die Unterzeichner vor Gericht sehen *"Ich will, dass jeder weiß, dass wir dieses Land nicht von solchen Personen (.....) teilen lassen werden. Diese Menschen müssen zügig vor Gericht gestellt werden."* (internethaber.com, 11.12.2004). Rauf Denktas, Staatspräsident der türkischen Republik Nordzypern äußerte sich über die Unterzeichner der Anzeige *"sie schaden sich selbst. Es ist eine Ehre für sie, innerhalb der großen Türkei unterschiedslos als ein Teil der türkischen Nation zu leben, sie sollen diesen Separatismus aufgeben. Einen Einheitsstaat teilen zu wollen ist strafbar."*(Milliyet, 10.12.2004).

Diese Reaktionen zeigen erneut, dass trotz gewisser positiver Entwicklungen in der Türkei für eine „Reformeuphorie“ leider kein Anlass besteht. Für eine EU-Beitrittsreife hat die Türkei in der Tat noch einen sehr weiten Weg zurückzulegen. Viele Reformvorhaben stehen bislang erst auf dem Papier. Von einer wirklichen Anerkennung der kurdischen Realität und von einem kulturellen Pluralismus ist der türkische Staat weit entfernt, es herrscht vielmehr weiterhin die Auffassung vor, dass die Kurden zu schweigen haben.

NAVEND e.V. hatte sich schon sehr früh für eine mögliche EU-Beitrittsperspektive der Türkei aufgeschlossen gezeigt. Auch wir hoffen uns davon eine Stärkung der Zivilgesellschaft und eine Reformdynamik in der Türkei. Die Heranführung an die Europäische Union kann ein gewaltiger Motor sein, damit endlich die notwendigen Reformen realisiert werden.

Gleichzeitig sind die Kurden aufgrund ihrer Erfahrungen skeptisch, ob die Türkei überhaupt in der Lage ist, die angekündigten Reformen umzusetzen und sich daran zu halten. Die besten Gesetze nutzen nichts, wenn nicht auch in der Praxis danach gehandelt wird. Notwendig ist vielmehr, dass es zu einem tatsächlichen Wandel der herrschenden sozialen und politischen Mentalitäten kommt und weitere echte Reformschritte folgen. Die Erfahrung der Kurden aus der Vergangenheit lehrt, dass das einzige Kriterium die Praxis ist. Als Beispiel kann man den § 39 / Absatz 4 des Lausanner Vertrages nennen. Seit 80 Jahren findet § 39/Abs. 4 (*„Alle Staatsangehörige der Republik Türkei dürfen in privaten und offiziellen Bereichen, auf öffentlichen und nichtöffentlichen Veranstaltungen, in jeglichen Veröffentlichungen die von ihnen gewünschte Sprache nutzen und diesem kann keine Einschränkung entgegengesetzt werden.“*) keine Anwendung.

Bedenklich ist insbesondere, dass die Türkei es immer noch ablehnt, dass *„Rahmenübereinkommen des Europarates über den Schutz nationaler Minderheiten“* und *„die Europäische Charta für Regional- und Minderheitensprachen“* zu unterzeichnen. Auch das *„Protokoll Nr. 12 zur Europäischen Menschenrechtskonvention über das allgemeine Verbot der Diskriminierung durch öffentliche Behörden“* hat sie nicht ratifiziert. Die Türkei hat ferner Vorbehalte geltend gemacht zum *„UN-Pakt über bürgerliche und politische Rechte“* und zum *„UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“*. Die EU-Kommission selbst äußert im jüngsten Fortschrittsbericht daher ausdrücklich die Sorge, diese Vorbehalte *„könnten entgegen der positiven jüngsten Entwicklungen doch herangezogen werden, um weitere Fortschritte gegen Minderheitenschutz zu verhindern“*.

Wir möchten betonen, dass damit ernst gemacht werden muss, die künftigen Verhandlungen ergebnisoffen zu führen. Es darf keinen Automatismus, keinen Rabatt und keine Sonderbehandlung für die türkische Seite geben, auch nicht aus übergeordneten strategischen Gründen.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen und dem bevorstehenden EU-Gipfel am 17.12.2004 ist es von großer Bedeutung, sicherzustellen, dass bei künftigen EU-Beitrittsverhandlungen auch die berechtigten Belange der kurdischen Bevölkerung angemessene Berücksichtigung finden.

Metin Incesu (Vorsitzender von NAVEND e.V.)